

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 98. Ratssitzung vom 16. Dezember 2011

2094. 2011/345 Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 97 vom 14.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 125.

Roger Liebi (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag 125. zurück. Der Kürzungsantrag von Fr. 365'000.– wird auf den Antrag 126. übertragen.

Antrag 126. mit zusätzlichem Kürzungsantrag von Fr. 365'000.– aus Antrag 125.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Weiss (SVP): *In der Rechnung 2010 befanden sich auf diesem Konto 1 223 000 Franken. Im Budget 2011 waren es 1 300 000 Franken, und das Budget 2012 wurde nun nochmals um 55 000 Franken erhöht. Eine solche Erhöhung jedes Jahr ist nicht sinnvoll. Dieser Budgetposten enthält auch nach wie vor das für uns fragwürdige Projekt Herrmann, das die SVP jedes Jahr ablehnt. Würde der Stadtrat mit einem Antrag auf Verbesserung der Eigenverantwortung kommen, könnten wir dem zustimmen. Beim Ärztephon sollte versucht werden, die Beteiligung der fünfzig angeschlossenen Gemeinden zu erhöhen und die Ärzte vermehrt einzubringen. Die SVP stellt den Antrag, für das Projekt Herrmann den Betrag von 50 000 Franken und für das Ärztephon den Betrag von 365 000 Franken zu streichen.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die RPK-Mehrheit ist nicht der Meinung, dass andere beim Ärztephon mehr bezahlen sollen und lehnt den Antrag ab. Ebenfalls abgelehnt wird der Kürzungskredit für das Projekt Herrmann. Es handelt sich dabei um eine Anlaufstelle für Sexworker, die Präventionsarbeit leistet und Beratung anbietet. Die Mehrheit der RPK erachtet das Projekt als sinnvoll.*

2 / 23

S. 332	30 3000 3650 0500	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an Gesundheitsinstitutionen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
126.	Antrag Stadtrat				1'355'000	Mehrheit
			415'000		940'000	Minderheit
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: 50'000 Projekt Herrmann streichen Begründung: 365'000 Beitrag an Ärztephon AG soll vermehrt durch Ärzte geleistet werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 127.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Stelle des Stadtarztes wurde aufgehoben. Die Minderheit ist der Meinung, dass dies kostenneutral erfolgen muss und verlangt, dass der Betrag entsprechend der Differenz gekürzt wird.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ende September ging unser Chef-Stadtarzt in Pension. Eine geeignete Nachfolge konnte trotz intensiver Suche nicht gefunden werden. Die Aufgaben des Stadtärztlichen Dienstes verschwinden jedoch nicht, sondern werden in zwei anderen Dienstabteilungen wahrgenommen. Es macht keinen Sinn, die Stelle jetzt einfach zu streichen. Die Dienstabteilung wird so aufgeteilt, dass der Suchtbereich, Public Health und der Psychiatrisch-Psychologische Dienst zu der Dienstabteilung Städtische Gesundheit gehen. Das Aufgabengebiet der Geriatrie geht zur Dienstabteilung Pflegeheime. Das ist absolut saldoneutral. Der Betrag von 139 200 Franken entsprach nicht dem Lohn des Stadtarztes. Die Mehrheit lehnt den Streichungsantrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Weiss (SVP): Mit der Aufhebung der Stelle des Stadtarztes wäre eine Kosteneinsparung und keine Kostenerhöhung zu erwarten gewesen. Deshalb unterstützen wir den Kürzungsantrag von 139 200 Franken.

3 / 23

S. 235	30 3010 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
127.	Antrag Stadtrat			9'896'600 3'761'400 N	Mehrheit
			139'200	13'518'800	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Aufhebung der Stelle des Stadtarztes

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 128.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Eine wissenschaftliche Begleitung ist keine städtische Aufgabe, auch nicht für das Projekt LEILA. Es ist sinnvoll, hier nähere Untersuchungen vorzunehmen und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Doch es ist nicht Aufgabe der Stadt. Dasselbe gilt für das Projekt Kompass. In wirtschaftlich ernsten Situationen muss sich eine Stadt mit den Angelegenheiten auseinandersetzen, die sie letztlich direkt betreffen. Die Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten im Gesundheitssystem gehört nicht dazu. Ich beantrage Ihnen, ein Zeichen zu setzen bezüglich der notwendigen und der wünschbaren Aufgaben einer Stadt.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die beiden Projekte LEILA und Kompass, die das Gesundheitssystem bei Fällen mit hoher Komplexität unterstützen, wurden im Januar 2010 im Rahmen des Gesundheitsnetzes 2025 als dreijähriger Pilotversuch gestartet. Eine wissenschaftliche Begleitung der beiden Projekte macht Sinn. Es ist nicht nur wünschbar, sondern eine logische Vorgehensweise zur Evaluierung der beiden Projekte nach Ablauf der Pilotphase. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Antrag des Stadtrats und lehnt den Kürzungsantrag der SVP ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Die Menschen in diesen Projekten befinden sich in Lebenssituationen, in denen sie unsere medizinisch-gesundheitliche Unterstützung benötigen. Unterstützen wir sie nicht, können diese Menschen weniger lang zu Hause bleiben und verursachen in einem Pflegezentrum deutlich höhere Kosten. Es muss evaluiert werden, welche Formen geeignet sind, was funktioniert und was nicht. Für die Auswertung wird eine wissenschaftliche Begleitung benötigt. Wir brauchen in der Gesundheitsversorgung auch neue Wege und Lösungen. Ob diese am Ende günstiger sind, ist eine andere Fra-

ge. Doch sie haben das Potenzial dazu.

S. 237	30 3010 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat				351'600	Mehrheit
			126'900		224'700	Minderheit
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Fr 89'000 Wissenschaftliche Begleitung/fachliche Unterstützung LEILA/
Kompass und Fr. 37'000 höhere Kosten Beratung SGD unnötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 129.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Aus verschiedensten Bereichen der Gesundheitsdienste haben wir erfahren, dass Möbel oder ähnliche Materialien ziemlich schnell ersetzt werden, obwohl dies noch nicht unbedingt notwendig wäre. Auch hier sollte vorsichtig mit den Finanzen umgegangen werden. Tragen Sie dem Rechnung und unterstützen Sie unseren Antrag.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Zur Begründung des Antrags, dass zu viele Materialien zu schnell erneuert werden: Budgetiert wird aufgrund von Erfahrungszahlen. Es wird abgeklärt, ob Bedarf besteht, und ob Reparaturen oder Neuanschaffungen wirtschaftlicher sind. Die Stadt hat diesen Betrag berechnet und deshalb wird die RPK-Mehrheit den Streichungsantrag der SVP ablehnen und den Antrag des Stadtrats unterstützen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es handelt sich hier um Möbel in den Zimmern der Patientinnen und Patienten, die im Pflegeheim vielleicht die letzten Monate ihres Lebens verbringen müssen. Es sollen keine Luxusmöbel sein, sondern lediglich anständige Tische, Stühle und Betten.*

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Schwendener (SVP) möchte später noch persönlich mit der Stadträtin sprechen.



5 / 23

S. 244	30 3020 3119 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Pflegezentren der Stadt Zürich			
		Anschaffungen übrige Mobilien			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
129.	Antrag Stadtrat			1'205'000 600 N	Mehrheit
		300'000		905'600	Minderheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Materialien werden zu schnell gesamerneuert

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 34 Stimmen zu.

Antrag 130.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Dieser Antrag behandelt die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, Beratung und Organisationsentwicklung. Die SVP beantragt eine Kürzung dieser Ausgaben um 115 200 Franken. Der Betrag soll auf dem für 2011 budgetierten Niveau belassen werden. Bereits damals war der Betrag um 43 % höher als in der Rechnung 2010. Die SVP ist der Meinung, dass Fallbesprechungen ohne vermehrten Zuzug von externen Fachpersonen, sondern von eigenen, gut ausgebildeten Fachpersonen durchgeführt werden können. Die Begründung, dass nicht im Jahr 2011 durchgeführte Fallbesprechungen auf das Jahr 2012 verlagert werden müssen, ist nicht sinnvoll. Fallbesprechungen sollten dann vorgenommen werden, wenn das Thema aktuell ist. Ein interner Austausch und Lösungsfindungen, zum Beispiel begleitet durch eine Pflegefachexpertin, ist machbar und sinnvoll. Wir bitten Sie, den Antrag zu unterstützen und den Betrag von 115 200 Franken einzusparen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegezentren werden immer wieder mit Fällen konfrontiert, die psychisch und physisch sehr viel von ihnen abverlangen. Bei dieser Arbeit ist die Gefahr eines Burn-outs sehr gross. Deshalb braucht es auch Fallbesprechungen mit externen Fachpersonen. Die für 2012 budgetierten Mehrausgaben sind genau für solche Fälle vorgesehen. Es ist zu bezweifeln, dass wir die Notwendigkeit dieser Ausgaben beurteilen können. Doch wir vertrauen dem Stadtrat, dass er hier verantwortungsvoll budgetiert. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag der SVP deshalb ab.

6 / 23

S. 245	30 3020 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
130.	Antrag Stadtrat				524'100	Mehrheit
					115'200	Minderheit
					408'900	Enthaltung
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP) Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Keine Priorität für zusätzliche Ausgaben gegeben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 131.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): *Es geht um Material in den Altersheimen der Stadt Zürich wie etwa Rollmaterial, Geschirr, Besteck, Pfannen, Sonnenschirme usw. Die Minderheit der RPK beantragt, die Ausgaben um 28 700 Franken zu kürzen. Das entspricht 4,7 % des budgetierten Betrags. Dieser kleine Betrag sollte die Auswahl der benötigten Mobilien unserer Meinung nach nicht allzu stark einschränken. Einsparungen von kleinen Beträgen summieren sich zu grösseren.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Auch hier ist nicht nachvollziehbar, wie die SVP die Anschaffung von Mobilien beurteilen will. Von der Dienstabteilung wurde ein angemessener Betrag budgetiert. Die RPK-Mehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrats.*

S. 249	30 3026 3119 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Altersheime der Stadt Zürich Anschaffungen übrige Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
131.	Antrag Stadtrat				613'900	Mehrheit
					28'700	Minderheit
					585'200	Enthaltung
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Zusatzbedarf ist nicht ausgewiesen und auch nicht notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen zu.

Antrag 132.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Wir wurden durch einen Artikel im Tages-Anzeiger auf dieses Konto aufmerksam gemacht. Die von uns vorgeschlagene Budgetverschlechterung von 336 000 Franken betrifft in der Realität nur 200 der 400 Personen. Die andere Hälfte erhält den Betrag über das Amt für Zusatzleistungen. Der Stadtrat möchte bei der medizinischen Betreuung die aktuellen 7,70 Franken um 2,30 Franken pro Tag erhöhen. Das entspricht einer Erhöhung von rund 70 Franken pro Monat und betrifft Personen mit einem Einkommen am unteren Rand. Doch diese Personen haben ihr ganzes Leben lang in der Stadt Zürich gelebt und zum Wohlstand beigetragen. Ich habe deshalb kein Verständnis für die Erhöhung des Betrags. Ich habe auch kein Verständnis für die GLP, die den Hafenkran unterstützt, aber alte Leute schröpft. Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag 1 zu unterstützen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Minderheit 2 beantragt eine Verschlechterung von 4 Mio. Franken. Das Pflegegesetz des Kantons Zürich bringt erhebliche Mehrkosten für die Gemeinden. In Rechnung gestellt werden auch die Hotellerie und die Betreuung in den Heimen. Die Gemeinden können gemäss Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich diese Kosten ganz oder teilweise übernehmen. Die Finanzierung der Pflegekosten bringt Mehrkosten von 32,5 Mio. Franken. Die Stadt Zürich möchte die Kosten für Hotellerie und Betreuung künftig vollständig durch die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime gedeckt haben und sieht per 1. Juli 2012 eine Taxerhöhung um 4 Mio. Franken vor. Der Stadtrat fasste dazu noch keinen Beschluss. Die AL und die Grünen sind gegen diese Taxerhöhung. Es macht keinen Sinn, die Kosten für Hotellerie und Betreuung vollumfänglich den Bewohnerinnen zu verrechnen, besonders weil ein Teil der Kosten bei den Zusatzleistungen wieder anfallen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das neue Pflegegesetz sieht für die Kostenträger kostendeckende Tarife für Hotellerie und Betreuung vor. Die Gemeinden können diese verbilligen. Aus der Finanzierung der Restkosten der Pflege entstehen der Stadt durch die neue Aufteilung der Pflegefinanzierung bereits jährliche Mehrbelastungen von rund 50 Mio. Franken. Soll die Stadt Zürich auch noch die Hotellerie und die Betreuung subventionieren und damit den wichtigen Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ unterlaufen? Falls nicht, müssen die Taxen in den Altersheimen erhöht werden. Dies führt zu einer Mehrbelastung der Zusatzleistungen, an denen sich dann jedoch auch der Kanton beteiligt. Zudem scheint es mir wichtig und fair, dass diejenigen Bewohnerinnen der Altersheime und Pflegezentren in Zürich, die es sich leisten können, diese kostendeckende Taxen auch bezahlen. Über die Zusatzleistungen ist sichergestellt, dass sich alle, die den Bedarf haben, einen Platz in einem Altersheim oder Pflegezentrum leisten können. Stimmen Sie deshalb mit der Mehrheit dem Vorschlag des Stadtrats zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Heute sind alle alten Menschen in der Stadt abgesichert und unterstützt. Das ist eine grosse Leistung. Hier leistet die Stadt Pionierarbeit. Durch das nationale Pflegegesetz ist geregelt, dass die Kantone die Finanzierung regeln. Nun kommen laufend neue Ausgaben auf die Gemeinden zu und wir müssen den besten Weg für die Finanzierung finden. Ein weiterer Punkt: Die SVP müsste sich bei den Subventionen konsequenter entscheiden. Viele alte Menschen wohnen nicht in einem Altersheim. Sie schlagen sich alleine zu Hause durch und werden nicht unterstützt. Das ist nicht gerecht. Dasselbe gilt für die Pflegezentren: Die Krankenkassen leisten weniger an Pflege und die Gemeinden müssen dies durch ihre Pflegebeiträge kompensieren. Wollen Sie uns den Spielraum geben, um dort zu unterstützen, wo Unterstützung notwendig ist, begrüßen wir das sehr. Es wurde zudem noch kein Entscheid gefällt, der Betrag wurde nur im Budget eingestellt.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Das ist formell richtig. Doch nur hier kann der Gemeinderat dem Stadtrat mitgeben, dass er bei der Änderung der Tarifverordnung der Alters- und Pflegeheime gewisse Aspekte stärker gewichten soll als geplant. Übergeordnete Instanzen belasten die Stadt finanziell stärker. Der Stadtrat sollte dort Kosten abwälzen, wo er die Möglichkeit dazu hat. Die Frage ist: Will man mit der Belastung der Pflege- und Altersheime bei den älteren Personen das Vermögen bis auf ein Minimum aussteuern oder will man eine andere Politik betreiben? Es gäbe noch weitere Aspekte zu berücksichtigen wie etwa die Anstellung privater Pflege aus Kroatien oder Slowenien bei vermögenden älteren Menschen. Der Stadtrat sollte seine Pläne nochmals überdenken. Es geht um die 4 Mio. Franken, die der Stadtrat auf die nächste Ebene ablagern will. Besonders problematisch ist für mich die Aussage von Andrea Nüssli-Danuser (SP): Wenn man sich zu Hause durchkämpft, soll man unterstützt werden, und wenn man in Pflege- oder Altersheime gehen muss, weil man es zu Hause nicht schafft, soll man weggesteuert werden – das ist unmöglich. Selbstverständlich sind wir auch dafür, sämtliche Leistungen von Spitex oder ambulanter Pflege zu unterstützen, doch diese beiden Angelegenheiten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unterstützen Sie den Antrag der Grünen und der AL.

Mauro Tuena (SVP): Hätten die alten Leute die Kraft gehabt, uns dieses Thema zu melden, wäre der Artikel im Tages-Anzeiger nicht nötig gewesen. Doch dank diesem Artikel haben wir davon erfahren. Ich möchte den Rat bitten, ein Zeichen an den Stadtrat zu setzen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es geht nicht darum, die Altersheime auszuspielen. Es geht darum, alle gleich zu behandeln. Die Menschen, die zu Hause wohnen und von der Spitex betreut werden, müssen das Essen und die Betreuung auch selbst bezahlen. Zu Hause wird nur die Pflege selbst von der Kasse bezahlt. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Altersheime sollten diesen Teil auch kostendeckend bezahlen.

STR Claudia Nielsen: Ein Kommentar zum Votum von Walter Angst (AL): Ein Altersheim ist eine Wohnform mit Unterstützung, in ein Pflegezentrum geht man aus medizinischen Gründen. Es handelt sich um zwei verschiedene Dienstabteilungen, um zwei Kostenstrukturen mit unterschiedlichen Eintrittsgründen. Wir haben nun hier über die

Taxordnung für Altersheime diskutiert.

S. 251	30 3026 4320 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Altersheime der Stadt Zürich Kostgelder und Taxen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
132.	Antrag Stadtrat				-150'791'400	Mehrheit
				336'000	-150'455'400	Minderheit 1
				4'000'000	-146'791'400	Minderheit 2
						Andrea Nüssli-Danuser (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL)

Begründung: Minderheit 1: Den 400 Einwohnenden der Städtischen Altersheime (allen, auch denen mit Zusatzleistungen!) in der BESA-1 (=Pflegestufe 1) soll wie bis anhin Fr. 7.70 pro Tag für die medizinische Betreuung verrechnet werden. Neu will der Stadtrat diesen Betrag um Fr. 2.30 pro Tag auf neu Fr. 10.-- pro Tag erhöhen. Dies gibt eine Erhöhung um ca. SFr. 70.-- / Monat pro Person.
Minderheit 2: Verzicht auf Tarifierpassung Altersheime

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Minderheit 1 und der Minderheit 2.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (-150'791'400) 74 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 133.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Pflageetage im Stadtspital Waid gehen massiv zurück. Dem sollte Rechnung getragen werden. Beim Spital sollte auf keinen Fall zu viel gespart werden. Wir vertreten jedoch die Meinung, dass zwei Stellen eingespart werden können. Insofern bitten wir Sie, unserem Antrag Folge zu leisten.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ursprünglich wollte die SVP die Aus- und Weiterbildungskosten im Stadtspital Waid zu streichen. Im Globalbudget ist das jedoch nicht möglich, deshalb sollen nun zwei Stellen gestrichen werden. Die Mehrheit der RPK lehnt den Streichungsantrag ab und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

10 / 23

STR Claudia Nielsen: *In fast jedem Spital in der Schweiz sinken die Pflergetage. Gleichzeitig steigt jedoch die Betreuungsintensität an den Pflergetagen, das heisst die Anzahl Pflergestunden pro Pflergetag. Einige Patientinnen und Patienten werden 16 Stunden pro Tag gepflegt und betreut. Deshalb ist es schwierig, nur die Anzahl Pflergetage zu betrachten und dann im Globalbudget herumzuschrauben. Der Stadtrat müsste eher einen Antrag auf andere Steuerungsvorgaben bringen. Die Pflergetage sind eine Kennzahl von vielen, die Steigerung der Intensität muss ebenfalls berücksichtigt werden. Dazu braucht es das notwendige Personal.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Wenn der Kürzungsantrag bewirkt, dass der Stadtrat über die Steuerungsvorgaben nachdenkt, sind wir sehr froh. Eines wird aber überall festgestellt: Die Anzahl der behandelten Personen steigt nicht exorbitant, doch die Anzahl der Betreuungspersonen bzw. die Anzahl ihrer Arbeitsstunden ist exorbitant. Das ist auch das Wesen der Stadt: Sie will keine Anpassungen beim Personal vornehmen. Es wird immer ein Grund dafür gefunden, diese Stellen nicht zu kürzen.*

S. 253	30 3030	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudgets / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
133.	Antrag Stadtrat			6'623'500 -3'336'900 N	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		200'000		3'086'600	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
Begründung: Saldoverbesserung					

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 134.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): *Die SVP beantragt, den Aufwand der laufenden Rechnung der Produktgruppe Globalbudget zwecks Saldoverbesserung um 3 Mio. Franken zu kürzen. 26 neue Stellen sind geplant, davon 20 für die Frauenklinik und 6 für die Informatik. Der Personalaufwand im Stadtpital Triemli steigt stetig an. 2012 wurde im Vergleich zur Rechnung 2010 9,2 Mio. Franken mehr budgetiert. Im Jahr 2012 sind insgesamt 26 Betten weniger belegt, die Pflergetage stagnieren bei 157 600 Tagen. In der Rheumatologie findet ein Abbau von 20 Betten und 6900 Pflergetagen statt, in der Radioonkologie und Nuklearmedizin ein Abbau von 6 Betten und die Pflergetage gehen um rund 500 Tage zurück. Auf der Geburtshilfe und Gynäkologie hingegen bleibt die Bettenzahl unverän-*

dert und die Pflage tage steigen um rund 400 Tage an. Es ist klar, dass niemand von anderen Stationen in der Frauenklinik als Hebamme oder Facharzt für Gynäkologie eingesetzt werden kann. Doch es sollte versucht werden, an anderen Orten Personal einzusparen. Zusätzliche Stellen für medizinisches Personal und Informatik sollten durch interne Prozessoptimierung vermieden werden. Die SVP ist der Meinung, dass die Einsparung von 3 Mio. Franken, also 0,8 % des Aufwands, möglich sein sollte.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Seit Anfang 2011 nahmen die Geburtenzahlen in der Maternité weiter zu. Wir haben bereits im letzten Jahr Stellen nicht bewilligt. Infolgedessen mussten 46 Gebärende und eine Geburt abgewiesen werden. Dieser dramatische Zustand muss geändert werden. Zudem macht es auch aus finanzieller Perspektive wenig Sinn. Mehr Geburten führen auch zu höheren Einnahmen. Die 20 Stellen für die Maternité sind wichtig und notwendig. Die übrigen 6 Stellen sind ebenfalls notwendig und werden teilweise auch vom Gesetz verlangt. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass diese Stellen für das Triemli endlich bewilligt werden müssen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Wir versuchen, der Spezialkommission des GUD aufzuzeigen, was sich im Gesundheitswesen alles verändert und vor welchen Herausforderungen wir stehen. Beim Waidspital sehen die Zahlen ähnlich aus wie beim Triemli: In den letzten zehn Jahren nahmen die Pflage tage in beiden Spitälern zu. Die Notfälle im Triemli nahmen um 52 % zu. Der Ertrag ist in den letzten zehn Jahren um 65 % gestiegen. Hier wird nicht weniger, sondern mehr Personal benötigt. Im Triemli werden Stellen vom stationären in den ambulanten Bereich verschoben. Das ist zwar für die Patientinnen und die Finanzen besser. Doch dafür braucht es Stellen, Fachkräfte sowie Aus- und Weiterbildung. Ich bitte Sie, den Stadtspitälern ihre für den Ertrag notwendige Entwicklung zu ermöglichen.

S. 254 30 3035		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudgets / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat			16'773'800 4'910'600 N	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		3'000'000		18'684'400	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Saldoverbesserung (Erhöhung 26 Stellen nicht prioritär, interne Lösung)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 135.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Medien haben über die Idee berichtet, nachts flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Die Minderheit hält dies für keine gute Idee. In diesem Fall müssten zum Beispiel auch Tram und Bus eingestellt werden, die relativ viel Lärm produzieren. Die Minderheit ist deshalb für die Streichung der dafür vorgesehenen 1,5 Stellen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die 1,5 Stellen in der Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz sind für die Umsetzung der Lärmschutzverordnung des Bundes geplant. Insgesamt wird die Lärmemissionsgrenze auf 230 km Strassen im Gebiet der Stadt Zürich überschritten. Die Einführung von Tempo 30 wäre eine günstige Massnahme. Die Minderheit geht von der falschen Annahme aus, dass mit der Streichung der 1,5 Stellen auch keine Tempo-30-Zonen entstehen. Die Mehrheit der RPK unterstützt die Bemühungen des Stadtrats bei den Lärmschutzmassnahmen und lehnt deshalb den Kürzungsantrag der FDP ab.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Der Antrag macht keinen Sinn. Es geht um eine Lärmschutzfachstelle mit zahlreichen Aufgaben. Die Einführung von Tempo 30 ist ein sehr kleiner Teil davon. Es gibt in der Stadt Zürich 140 000 von zu viel Lärm betroffene Personen. Die Frist für die Einhaltung der Lärmschutzverordnung wurde bereits zweimal verlängert und läuft am 31. März 2018 ab. Die Streichung von 1,5 Stellen für eine Aufgabe, für die wir noch knapp 6 Jahre Zeit haben, ist nicht sehr sinnvoll. Die Aufgabe wird uns die nächsten Jahre intensiv beschäftigen und dafür genügen auch 1,5 Stellen nicht. Die Stellen dürfen keinesfalls gestrichen werden.

Roland Scheck (SVP): Der Stadtrat hat entschieden, nachts flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Diese Idee hat in der Verkehrskommission und im Tiefbaudepartement keine Chance. Der Stadtrat übergibt dieses Thema deshalb einfach dem Gesundheitsdepartement, und zwar unter dem Deckmantel, dass es sich dabei um eine Lärmschutzmassnahme handeln soll. Doch selbstverständlich gehören die Lärmschutzmassnahmen auch nicht ins GUD. Da im GUD keine Fachleute für Verkehrsprojekte arbeiten, will der Stadtrat dort 1,5 Stellen für dieses Täuschungsmanöver schaffen. Die SVP-Fraktion verurteilt das Vorgehen des Stadtrats scharf und unterstützt den Minderheitsantrag der RPK.

Samuel Dubno (GLP): In den Antworten auf die RPK-Anfragen ist keine Rede von einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 in der gesamten Stadt. Das Strassenverkehrsnetz umfasst rund 766 km. Bei 230 km davon werden gemäss der Lärmschutzverordnung die Emissionsgrenzen überschritten. Momentan sind 30 km davon in Prüfung zur Einführung einer Tempo-30-Zone. Von flächendeckend kann also nicht die Rede sein. Es ist ausserdem die günstigste Lösung zur Einhaltung der Lärmschutzverordnung. Jede andere Massnahme wird teurer.

Roger Tognella (FDP): Die Argumentationen von Samuel Dubno (GLP) und Markus Knauss (Grüne) unterscheiden sich grundsätzlich. Es geht um die Einführung von Tempo 30 in der Stadt, flächendeckend oder nicht. Der Stadtrat ist offensichtlich nicht mehr zu kluger Verkehrspolitik fähig. Dass die Grünliberalen auf diesen unliberalen Zug aufspringen, erstaunt mich. Sie werden anerkennen müssen, dass das Tempo 30 unter anderem auch öffentliche Verkehrsmittel betrifft. Ein Tram, das heute 55 km/h fahren darf, würde nachher auf 30 km/h reduziert. Dasselbe gilt für den Bus. Wehret den Anfängen: Das Geld genau für diese Stellen muss aus dem Budget gestrichen werden. Die verantwortungsvollen Parteien werden diesem Antrag deshalb auch zustimmen.

Roger Liebi (SVP): Ich habe die Antworten des Stadtrats gelesen. Er nimmt darin, anders als von Samuel Dubno (GLP) behauptet, mit folgendem Satz explizit Bezug auf die Tempo-30-Limiten: „... was im kommunalen Kontext faktisch bedeutet, das Temporegime zu hinterfragen.“

Christoph Spiess (SD): Wir haben Tempo 30 bei der Einführung in Wohnquartieren befürwortet. Dort macht es Sinn. Es dient jedoch nicht als Lärmschutzmassnahme, sondern als Massnahme zur Verbesserung der Sicherheit auf den Strassen. Als Lärmschutzmassnahme ist dies denkbar ungeeignet: Die meisten Autos sind so konstruiert, dass mit Tempo 30 relativ hochtourig im zweiten Gang gefahren werden muss. Das verursacht nicht weniger Lärm als mit 40 km/h im dritten Gang zu fahren. Wir stehen hinter Tempo 30 in den Quartierstrassen, doch nicht hinter der Ausstattung der Hauptachsen mit Tempo 30. Diese Massnahme dient niemandem, sondern führt nur zu einem noch grösseren Verkehrschaos. Auch durch Lärmschutzfenster sinkt der Lärm nicht. Der einzige sinnvolle Weg ist eine tiefere Bevölkerungszahl. Die Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung muss angepackt werden. Nur dies führt zu weniger Verkehr und dadurch zu weniger Lärm. Mehr Stellen führen nicht zu weniger Lärm. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Minderheit.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich stimme Christoph Spiess (SD) zu, dass durch Tempo 30 weder der Lärm noch der Benzinverbrauch reduziert wird. Noch ein Sicherheitsaspekt: Tempo 30 lässt sich nicht mehr mit dem Tempomat fahren. Der Blick geht demnach ständig zum Tachometer statt auf die Strasse. Das ist ein Sicherheitsrisiko. Zudem wird in der ganzen Angelegenheit auch immer wieder gelogen: Vor vielen Jahren wurde behauptet, Tempo 80 würde den Feinstaub reduzieren. Zum Beweis wurden Messungen durchgeführt. Doch die Messungen mit Tempo 80 wurden an einem Tag mit Bise durchgeführt. Die Ursache für die Reduktion des Feinstaubes war demnach eine andere. Dieser Punkt im Budget muss gekürzt werden.

Marlène Butz (SP): Es ist durchaus möglich, im dritten Gang Tempo 30 zu fahren. Ich möchte noch auf eine grundsätzliche Falschaussage antworten: In diesem Rat wird immer wieder das Gerücht zementiert, dass der Kanton gegen Tempo 30 auf Hauptstrassen sei. Der Regierungsrat antwortete im Jahr 2009 auf eine Schriftliche Anfrage zum Thema Tempo 30 auf der Strasse „Am Wasser“ ganz klar, dass Tempo 30 auch auf kantonalen Hauptstrassen in der Stadt Zürich möglich wäre, sofern es nicht Auswirkungen auf das übergeordnete Strassennetz ausserhalb der Stadt hätte. Für die meisten Kantonsstrassen trifft dies zu. Tempo 30 auf den Hauptstrassen wäre nicht nur sinnvoll, sondern hätte auch eine Reduktion des Lärms und eine Steigerung der Verkehrssicher-

heit für alle Beteiligten zur Folge. Die Luftverschmutzung würde sinken und der Verkehr flüssiger.

Marc Bourgeois (FDP): Eine Methode kann nur günstig sein, wenn sie wirksam ist. Doch das ist hier nicht der Fall. Die Stadt erwähnte in einem Artikel des Tages-Anzeigers, dass sich der Lärm bei gleicher Verkehrsmenge bei Tempo 30 um etwa 3 db reduziere. Dies würde lärmässig einer Halbierung der Verkehrsmenge entsprechen. Das klingt gut, doch gemäss Wikipedia gilt folgendes: Die Reduzierung von 3 db liegt gerade im Bereich der Wahrnehmungsschwelle des menschlichen Ohres. Den Unterschied bemerkt nur, wer genau hinhört. Somit liegt ein grosser Aufwand ohne Ertrag vor. Soll eine Wirkung erreicht werden, müssten nachts Trams und Bus eingestellt und die Sirenen der Polizei- und Krankenautos verboten werden. Zum Votum von Christoph Spiess (SD) ebenfalls ein Zitat aus Wikipedia: Erst eine Reduzierung der Verkehrsmenge auf einen Zehntel führt zu einem Rückgang des Schallpegels um 10 db und damit zu einer Halbierung der Lautheit. Fazit: Tempo 30 bringt etwas an der Grenze zur Wahrnehmungsschwelle und nicht mehr.

Matthias Probst (Grüne): Es geht hier nicht um Tempo 30, sondern um Lärm. Die Stadt Zürich hat von der Lärmschutzverordnung den Auftrag erhalten, den Lärm auf ein nicht mehr störendes Niveau zu senken. Dieser Auftrag muss umgesetzt werden und dazu benötigt die Fachstelle diese Stellen. Die Fachstelle muss untersuchen, wie der Lärm auf ein quartierverträgliches Niveau reduziert werden könnte. Sie prüft dazu verschiedene Instrumente, eines davon ist Tempo 30. Es geht um die Erfüllung des Auftrages, und dazu werden diese Stellen benötigt.

Bruno Amacker (SVP): Diese Stellen würden – wenn überhaupt – ins Tiefbauamt gehören. Es liegt wieder einmal eine Phantomdiskussion vor, denn die Höchstgeschwindigkeiten im Strassenverkehr sind Sache des Bundes. Dort ist im Gesetz Tempo 50 vorgeschrieben. In gewissen Ausnahmefällen darf Tempo 30 signalisiert werden. Temporäre Geschwindigkeitsbeschränkungen sind nur zu Hauptverkehrszeiten zulässig. Doch die Nacht ist keine Hauptverkehrszeit. Deshalb wäre eine temporäre Beschränkung in der Nacht illegal. Ohne gesetzliche Grundlage braucht es auch nicht 1,5 Personen, die an dieser Sache arbeiten.

Thomas Schwendener (SVP): Es geht nicht um Tempo 30, sondern um Lärm. Im Quartier Seebach wird Lärm vor allem durch Lastwagen oder die öffentlichen Verkehrsmittel verursacht, darunter auch der teilweise mit Tempo 30 fahrende Bus. Die lauten Autos sollten kontrolliert und entfernt werden. Alles andere ist sinnlos.

S. 255	30 3045 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
135.	Antrag Stadtrat			15'024'900 135'000 N	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

15 / 23

150'000	15'009'900	Minderheit	Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
---------	------------	------------	---

Begründung: Einführung Tempo 30 in der ganzen Stadt unzumutbar, deshalb auch 1.5 dafür eingestellte Stellen nicht notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

FINANZDEPARTEMENT

Fortsetzung der Anträge betreffend das Finanzdepartement (1. Teil siehe 97. Sitzung vom 14. Dezember 2011).

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Für den Jugendwohnkredit braucht es nicht 4 Mio. Franken für das nächste Jahr. Die Hälfte genügt. Die Förderung solcher Wohnungen für Jugendliche und Studierende ist sinnvoll. Im Übrigen scheint mir das Reglement zu restriktiv: Für Jugendliche ist das Angebot bis 25 Jahre limitiert, für Studierende oder in Ausbildung stehende Personen ist es auf 28 Jahre limitiert. Viele Personen studieren jedoch über dieses Alter hinaus, besonders, wenn sie neben dem Studium einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Das Reglement der Stiftung sollte überdacht werden. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass 2 Mio. Franken fürs nächste Jahr genügen.

Walter Angst (AL): Selbstverständlich kann über das Reglement diskutiert werden. Im nächsten Jahr stehen zwei Projekte an: Das Freilager mit 200 subventionierten, zeitlich befristeten Wohnungen sowie das Projekt Aspholz mit 300 Studentenwohnungen. Es wäre wenig sinnvoll, diese Projekte nun zu bremsen.

S. 147	20 2000 525135	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Jugendwohnkredit 2010				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
061.	Antrag Stadtrat				4'000'000	Mehrheit
					2'000'000	Minderheit
					2'000'000	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Hälfte genügt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 062. und 063.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Dieser Antrag behandelt die Abschreibungsbeiträge an die Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften und ordentliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen des Verwaltungsmögens. Die Minderheit ist folgender Meinung: Da im 2011 infolge des Sparbudgets auf Abschreibungsbeiträge an die Stiftung PWG verzichtet werden musste, kann auch im Jahre 2012 auf die Abschreibungsbeiträge verzichtet werden. Im Jahr 1990 wurde die Geschäftsstelle PWG eröffnet und erwarb jährlich bis zu zehn Immobilien zu Marktpreisen. Stimmen Sie bei den Anträgen 62 und 63 mit der Minderheit für die Streichung von 1 Mio. Franken beziehungsweise von 100 000 Franken. Die Stiftung PWG mit einem Kapital von über 380 Mio. Franken benötigt keinen Zuschuss in Form von Abschreibungsbeiträgen. Somit fällt auch der Beitrag der ordentlichen Abschreibungen weg.

Walter Angst (AL): Der erste Antrag behandelt den Investitionsbeitrag, der zweite die jährliche Abschreibung. Eine kleine Korrektur zu Urs Schmid (FDP): Meines Wissens waren die 380 Mio. Franken vor zwei Jahren die Anlagewerte aller Liegenschaften der PWG. Im Jahr 2010 waren die 3 Mio. Franken erstmals im Budget und wurden von der PWG auch ausgeschöpft. Es wurden vier Liegenschaftskäufe mit insgesamt 30 bis 40 Wohnungen unterstützt. Es ist zwingend notwendig, dass die Abschreibungsbeiträge gegeben werden, damit die Käufe, die heute auf dem überhitzten Markt stattfinden müssen, zu preisgünstigen Konditionen weitervermietet werden können. Die Mehrheit beantragt, das bestehende Potenzial, der PWG laut Volksabstimmung aus den 90er-Jahren bis zu 3 Mio. Franken jährlich für Abschreibungen oder anderes zur Verfügung zu stellen, wieder einzustellen. Im 2011 wurde nichts ausbezahlt. Die PWG tritt nicht preistreibend auf und die Beiträge betragen maximal 10 bis 15 % des Anlagewertes. Die Mehrheit der RPK erachtet die 3 Mio. Franken im Budget als notwendig. Im Vergleich zu den budgetierten Erträgen aus Liegenschaftsverkäufen entsprechen die 3 Mio. Franken ungefähr 10 %. Die städtische Landpolitik ist kein Defizitgeschäft.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Die PWG verfügt immer noch über ein stattliches Eigenkapital von 135 Mio. Franken und benötigt die Abschreibungsbeiträge von 3 Mio. Franken nicht. Wenn Eigentümer ihre Liegenschaft zum Maximalpreis verkaufen wollen, ist das für die PWG sicher schwierig. Es gibt aber auch viele Eigentümer, die der PWG ihre Liegenschaft aus einem sozialen Gedanken überschreiben. Dadurch entgeht anderen potentiellen Käufern die Gelegenheit, die Liegenschaft zu kaufen.

17 / 23

S. 148	20 2000 563108	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				0 1'000'000 N 2'000'000	Mehrheit
					3'000'000	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		0	Minderheit Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: AL: Mit Budget können 3 Mio. bewilligt werden, Kreditrahmen ausschöpfen
FDP/SVP: PWG hat ein Kapital von Fr. 380 Mio. und braucht keine Abschreibungsbeiträge

Ausstand: Daniel Meier (CVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'000'000) 83 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 063.

Wortmeldungen siehe Antrag 062.

S. 145	20 2000 3312 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Ordentliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen des VV				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				5'355'700 100'000 N 200'000	Mehrheit
					5'655'700	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

18 / 23

100'000	5'355'700	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
---------	-----------	------------	---

Begründung: Zu behandeln mit 2000 563108

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(5'655'700)	83 Stimmen
-----------------	-------------	------------

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 064.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Die RPK-Minderheit ist der Ansicht, dass die Wohnliegenschaften vom Finanzvermögen auch günstiger einwandfrei unterhalten und gereinigt werden können, und beantragt eine Kürzung von 1 Mio. Franken.

Walter Angst (AL): Bei den Wohnliegenschaften liegt ein geschlossener Rechnungskreis vor. Bei Renovationen fallen Unterhaltsarbeiten an, das entspricht dem werterhaltenden Anteil. Hier herumschrauben ist sinnlos und würde keine Verbesserung des Budgets bewirken, im Gegenteil: Es würde bloss das Gegenkonto belastet, nämlich die Einlage in die Rückstellungen der Wohnsiedlungen. Stimmen Sie mit der Mehrheit.

S. 163	20 2022 3142 0000	FINANZDEPARTEMENT Wohnliegenschaften Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des FV			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat			9'154'000	Mehrheit
				1'000'000	Minderheit
					Enthaltung

Walter Angst (AL) Referent,
Andrea Nüssli-Danuser (SP),
Karin Rykart Sutter (Grüne),
Christine Seidler (SP), Florian
Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Monika Erfigen (SVP)
Referentin, Präsident Dr. Urs
Egger (FDP), Vizepräsident
Roger Liebi (SVP), Urs
Schmid (FDP)
Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Günstiger unterhalten und reinigen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 065.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Es geht um einen Antrag an den Stadtrat. Vor 1,5 Jahren fand eine Abstimmung über die 2 700 Objekte statt, die sich im Rechnungskreis Wohnliegenschaften befanden. Die Gemeindeordnung legt fest, dass dies Liegenschaften sein sollen, die man nach dem Prinzip der Kostenmiete dauerhaft vermietet. Teil der Abstimmung war jedoch auch, dass der Stadtrat eine Liste mit den Objekten vorlegt, die von der Bevölkerung nicht unbedingt zu Wohnzwecken benötigt werden. Die drei Objekte, die wir hier an Private im Baurecht oder im Verkauf abgeben wollen, könnten durchaus Teil dieser Liste sein. Doch es wäre unfair, einen Entscheid vorwegzunehmen, den der Gemeinderat treffen müsste. Wir wollen den Stadtrat mit diesem Antrag daran erinnern, dass die Umsetzung des Volksauftrages vollzogen werden muss.

Rebekka Wyler (SP): Auch die Mehrheit der Kommission wartet auf diese Liste, ist jedoch gleichzeitig nicht gegen den Verkauf. Es geht um vier bzw. drei renovationsbedürftige, teilweise denkmalgeschützte kleinere Wohnhäuser. Diese Liegenschaften sind nicht von strategischem Wert. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Antrag des Stadtrats deshalb zu.

S. 164	20 2022 4246 0000	FINANZDEPARTEMENT Wohnliegenschaften Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des FV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
065.	Antrag Stadtrat				-1'300'000	Mehrheit
				800'000	-500'000	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Walter Angst (AL) Referent, Karin Rykart Sutter (Grüne)

Begründung: Verzicht auf Verkäufe/Baurechte Schaffhauserstrasse, Tobelhof, Weinegg

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 16 Stimmen zu.

Antrag 066.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Bei diesem Budgetposten von 1,6 Mio. Franken geht es um Projektierungsarbeiten bei den stadteigenen Restaurants. In der Vergangenheit bewegte sich die Stadt Zürich mit ihren Planungs- und Projektierungskosten immer am oberen Rand der branchenüblichen Spannweite. Die RPK-Minderheit verlangt eine Einsparung von 150 000 Franken.

Walter Angst (AL): Auch hier handelt es sich um einen geschlossenen Rechnungskreis. Das Budget würde sich bei einer Kürzung nicht um 150 000 Franken verbessern. Der Rechnungskreis muss genügend generieren, damit Sanierungen und Renovationen nicht aus der Stadtkasse mitfinanziert werden müssen. Die Mehrheit hält eine Kürzung in Planungsphasen nicht für den richtigen Weg.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): Ich möchte Walter Angst (AL) auf folgende Tatsache aufmerksam machen: Wenn man in einem geschlossenen Rechnungskreis spart, wird auch generell gespart.

S. 168	20 2025 3182 0000	FINANZDEPARTEMENT Restaurants Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				1'615'000	Mehrheit
			150'000		1'465'000	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Günstiger projektieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 067.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Wir behandeln im Folgenden drei Geschäfte; neben den drei Anträgen zum Konto 4246 (Buchgewinn aus Veräusserung von Liegenschaften) auch die zwei Postulate, die mit dem eingesetzten Betrag einen Zusammenhang haben. Es geht um zwei grosse Landgeschäfte: Zum einen um den letzten Verkauf eines grossen Grundstückes im Glattpark, zum andern um den geplanten Verkauf der kleinen Parzelle „Bürgli“. Bei dieser Parzelle liegt ein Postulat der SP und der CVP vor (2011/408). Es verlangt, diese Parzelle einem gemeinnützigen Wohnbauträger anzubieten. Der Betrag der Reduktion, hier eingesetzt mit 6 Mio. Franken, stammt aus einer Zeit, als Martin Voltenwyder der RPK mitteilte, dass er ihr keine Auskunft über die Buchgewinne der Liegenschaften geben würde. Es war aber zu vernehmen, dass das Grundstück im Glattpark bei einem Verkaufspreis von 16 Mio. Franken an die Früh Immobilien AG und Walter Schmid, einem Generalunternehmer aus Glattbrugg, gehen soll. Ich gehe davon aus, dass eine Nachverhandlung möglich wäre. Dort könnte darauf geachtet werden, dass auf der letzten grösseren Parzelle von 17 000 Quadratmetern, wovon die Stadt Zürich

10 000 Quadratmeter besitzt, einen Teil Eigentumswohnungen und einen Teil preisgünstige Wohnungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau realisiert würden. Die Stadt Zürich hat es in der Hand, Vorgaben zu machen. Es ist notwendig, dass die beiden Eigentümer sich mit der Stadt Zürich finden und eine sinnvolle Lösung suchen. Es ist uns bewusst, dass der Glattpark nicht in der Stadt Zürich liegt, doch Martin Vollenwyder sagte jüngst, dass irgendwann wieder eine Eingemeindungswelle kommt. Von daher wäre es nicht sinnvoll, an der Stadtgrenze die wohnbaupolitischen Grundsätze der Stadt Zürich zu vergessen. Der Betrag von 6 Mio. Franken Einschlag beim Verkaufspreis ist unrealistisch. Bei der Parzelle „Bürgli“ gäbe es vielleicht einen Einschlag von einer halben bis einer Million Franken. Die AL ist beim „Bürgli“ eher für eine Generierung des Geldes, das jedoch dann für den gemeinnützigen Wohnungsbau eingesetzt werden sollte. Momentan ist das jedoch noch nicht möglich. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Verkauf zurückgestellt und erst dann realisiert werden sollte, wenn das Geld auch zweckgebunden eingesetzt werden kann. Wir sind uns jedoch einig in der Mehrheit, dass man bei beiden Landgeschäften über die Bücher gehen und sie zurückstellen sollte oder andere Zielsetzungen als den Verkauf an den Meistbietenden für die Realisierung von Eigentumswohnungen am Glattparksee realisieren sollte.

Urs Schmid (FDP): Die Minderheit 1 unterstützt das Vorgehen und die Politik der Liegenschaftsverwaltung, bei pendenten oder anstehenden Verhandlungen die möglichen Buchwerte nicht zu nennen. Will die Mehrheit die Verhandlungen torpedieren, damit kein optimaler Abschluss für die Stadt resultieren kann? Der klassische Ansatz der Immobilienbewirtschaftung geht zur Nutzenmaximierung und Kostenminimierung. Die Minderheit 1 unterstützt dieses Prinzip. Stimmen Sie dem Antrag des Stadtrats zu.

Christoph Spiess (SD): Wir haben bereits heute zu wenig Land. Es gibt Industrieländer, die in der dritten Welt Landwirtschaftsland kaufen, weil sie ihre Bevölkerung sonst nicht mehr ernähren können. Das sollte uns dazu bringen, keinen Quadratmeter Land mehr zu opfern. Zudem sind wir der Meinung, dass das Budget nicht mit Einmaleffekten verbessert werden sollte. Wir möchten auch auf den sinkenden Einfluss der Stadt Zürich innerhalb dieses Kantons hinweisen: Die Landregion wird immer dichter verbaut, die Verkehrswege sind durch die Pendler immer überfüllter. Es wird eine Entwicklung gefördert, die uns politisch schwächt. Wenn unbedingt gebaut werden muss, dann sollte das Land nicht verkauft, sondern im Baurecht überbaut werden. Wir sind dagegen, Land zu verkaufen und damit aus Gemeindebesitz zu geben. Mit unserem Antrag wollen wir ein Zeichen setzen. Wir beantragen Ihnen, den Budgetposten auf Null zu setzen.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Bauland ist dazu da, es zu überbauen. Noch ein Kommentar zum Votum von Walter Angst (AL): Über die Wohnbauinitiative wurde nur in der Stadt Zürich abgestimmt, wobei zu bezweifeln ist, dass sich das Stimmvolk über den tatsächlichen Inhalt der Abstimmung im Klaren war. Opfikon gehört nicht zur Stadt Zürich. Es ist arrogant zu denken, dass Opfikon dem sozialen Wohnungsbau ebenfalls so zustimmen würde. Im Glattpark existieren zudem bereits zwei Genossenschaften. Es darf auch private Investoren geben. Wird das Land verkauft, kann die Stadt Zürich einen Gewinn machen.

Walter Angst (AL): Wir sind dagegen, dass die Stadt Zürich ausserhalb der Stadt Land verkauft und Erträge generiert, die wieder in sinnvolle Wohnprojekte investiert werden. Wir wären auch bereit, innerhalb der Stadt Zürich Land zu verkaufen, wenn das Geld für den Kauf einer Parzelle eingesetzt wird, wo sinnvoller gemeinnütziger Wohnungsbau realisiert werden könnte. Das Vorgehen des Stadtrats ist insgesamt sehr sinnvoll. Beim Glattpark liegt eine Spezielsituation vor. Zum Votum von Christoph Spiess (SD): Die Frage von Baurecht und Verkauf kann sich auch bei einem Verkauf an Genossenschaften stellen. Eine Genossenschaft, die Land kaufen kann, kann beim Abschreiben mit den Mietzinsen anders kalkulieren. Das sollte bei dieser Frage berücksichtigt werden.

Florian Utz (SP): Ich möchte die SVP auffordern, damit aufzuhören, das Volk dauernd zu verunglimpfen und als ahnungslos und dumm zu bezeichnen. Der Volkswille sollte respektiert werden. Die Volksentscheide werden von der SVP in dieser Budgetdebatte permanent ignoriert.

Michael Baumer (FDP): Das Volk hat dem Artikel in der Gemeindeordnung deutlich zugestimmt. Dieser Artikel sieht allerdings nur ein Ziel und keine Massnahmen vor. Über einzelne Massnahmen können wir weiterhin diskutieren und diese allenfalls wieder dem Volk vorlegen.

Urs Fehr (SVP): Ich sagte nicht, das Volk sei dumm, sondern, dass das Volk nicht genau wusste, worüber es abstimmt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Auf diesem Konto verbuchen wir die Buchgewinne von Weisungen, die Ihnen jetzt und im kommenden Jahr vorgelegt werden. Ein Budget bedeutet, dass in etwa abgeschätzt wird, was die ausgehandelten Beträge addiert ergeben. Am Schluss bildet sich in der Rechnung ab, was Sie mit den Weisungen machen. Wenn Sie hier nun mutwillig 6 Mio. Franken streichen, überrascht mich die Konzentration des Votums von Walter Angst (AL) auf den Glattpark. Wir haben im Glattpark Grundstücke verkauft und das Heineken-Areal gekauft. Dort existiert ein Projektierungskredit für Wohnungen. Wir haben die Verhandlungen geführt und Ihnen alles aufgelistet. Sie können nun nicht in der Budgetdebatte beantragen, 6 Mio. Franken zu streichen. Wir gehen beim Budgetieren eines Betrags immer vorsichtig und sorgfältig vor. Ich bitte Sie, beim Antrag des Stadtrats und der Minderheit zu bleiben. Zu den in Sitzung 99 folgenden Postulaten kann bereits so viel gesagt werden: Das dringliche Postulat 2011/408 nehmen wir gerne entgegen, das Postulat 2011/452 lehnen wir ab. Die Stadt Zürich kann nicht günstigen Wohnraum in Gemeinden zur Verfügung stellen, die während Jahren einen besseren Steuerfuss offerieren als die Stadt Zürich, so dass womöglich Personen mit Unterstützung von unseren Geldern in steuergünstigen Gemeinden wohnen können. Dazu sind wir nicht bereit. Deshalb lehnen wir das zweite Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die RPK schlägt lediglich vor, die Unwägbarkeiten der Diskussion im Gemeinderat bereits in die Budgetierung einzubeziehen. Deshalb kamen wir zum Schluss, es wäre möglicherweise etwas genauer, hier etwas Geld zu streichen.

23 / 23

S. 171	20 2026 4246 0000	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des FV				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat				-28'790'000	Minderheit 1
				6'000'000	-22'790'000	Mehrheit
						Enthaltung
						Antrag der Schweizer Demokraten (SD)
067.a				28'790'000	0	Minderheit 2

Begründung: Mehrheit: Andere Liegenschaftenpolitik, vgl. nachfolgende Postulate
Minderheit 2: Keine Veräusserung von sogenanntem "Bauland", da Schutz des noch vorhandenen fruchtbaren Bodens vor Überbauung (zufolge fortschreitender Überbevölkerung) vordringlich; kein Verscherbeln von Grundbesitz zwecks kurzfristigem Budgetausgleich

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-28'790'000)	59 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-22'790'000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>2 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 99, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat